



Kommentar: Das wurde aber auch höchste Zeit, Herr Darmanin!

Ein kleines Wellenzeichen. Ein Hauch von Tinte über einem Buchstaben. Und fast ein Jahrzehnt juristischer Eifer, als ginge es um die Verteidigung der Republik selbst.

Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen.

Während Frankreich mit Terrorismus, sozialen Spannungen und einer kriselnden Justiz ringt, verfolgte der Staat mit bemerkenswerter Ausdauer Eltern, die es gewagt hatten, ihrem Kind ein ñ im Namen zu schenken. Eine Tilde. Dieses unscheinbare Zeichen, das in der Bretagne oder im Baskenland keine Provokation, sondern Alltag ist.

Nun also die Kehrtwende.

Das französische Justizministerium hat die Staatsanwälte angewiesen, Eltern künftig nicht mehr vor Gericht zu zerren, wenn sie einen Vornamen mit Tilde wählen. Diskret, ohne Fanfaren, ohne große Reform des Personenstandsrechts. Einfach ein Schreiben – und plötzlich endet ein Kulturkampf, der nie einer hätte sein dürfen.

Man reibt sich die Augen.

Seit 2014 stützte sich die Verwaltung auf ein ministerielles Rundschreiben, das festlegte, welche diakritischen Zeichen in Geburtsurkunden zulässig seien. Akzente? Ja. Umlaut? Bitte sehr. Cedille? Aber selbstverständlich. Doch eine Tilde – non! Nicht vorgesehen. Nicht französisch genug. Als ließe sich Identität in einer Excel-Tabelle sortieren.

Der bekannteste Fall: der bretonische Vorname Fañch. Bretonisches Pendant zu François. Ohne Tilde verändert sich die Aussprache fundamental. Das Zeichen ist keine Zierde, sondern Bedeutungsträger. Es formt den Klang, die Geschichte, die Herkunft.

2017 in Quimper beginnt das juristische Drama. Die Staatsanwaltschaft beanstandet die Eintragung. Ein Gericht ordnet die Streichung des Zeichens an, weil es nicht zur offiziellen französischen Orthographie gehöre. Man fragt sich unweigerlich, ob in Paris jemand ernsthaft glaubte, ein kleines Wellenzeichen bedrohe die nationale Einheit.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Bretonische Abgeordnete, Sprachwissenschaftler, Kulturvereine – sie alle meldeten sich zu Wort. Nicht aus Trotz, sondern aus dem Gefühl heraus, dass hier mehr verhandelt wurde als ein diakritisches Detail. Es ging um Anerkennung. Um Respekt. Um die Frage, ob regionale Sprachen in der Republik nur folkloristisches Beiwerk bleiben sollen.



Kommentar: Das wurde aber auch höchste Zeit, Herr Darmanin!

2018 korrigierte das Berufungsgericht in Rennes die erstinstanzliche Entscheidung. Die Tilde sei der französischen Sprache nicht unbekannt, hieß es. Ein bemerkenswerter Satz. Als müsste man einem Staat erklären, dass Sprache lebt.

2019 wies die Cour de cassation die Beschwerde der Staatsanwaltschaft aus formalen Gründen zurück. Der Fall schien entschieden. Und doch hörten die Verfahren nicht auf. Weitere Familien sahen sich mit ähnlichen Einwänden konfrontiert. Man hatte fast den Eindruck, als klammere sich die Verwaltung an eine Regel, deren Sinn längst im Nebel verschwunden war.

Jetzt also die Anweisung aus dem Ministerium. Am 23. Januar 2026 schreibt die Direktorin für Zivilangelegenheiten an die Generalstaatsanwälte in Pau und Rennes: Diese Fälle sollen nicht länger justiziell verfolgt werden. Man wolle die Gerichte nicht unnötig belasten. Die Verfahren führten ohnehin selten zum Erfolg. Zudem gelte es, die individuelle Namenswahl der Familien zu respektieren.

Ach was.

Plötzlich entdeckt man den Pragmatismus. Nach Jahren der Prinzipienreiterei. Nach Prozessen, die Steuergeld kosteten und Eltern verunsicherten. Man fragt sich, warum diese Einsicht nicht schon 2017 möglich war.

Freilich bleibt die juristische Konstruktion schief. Die Verfügung von 2014 besteht fort. Die Tilde taucht weiterhin nicht in der Liste der zulässigen Zeichen auf. Auf dem Papier gilt also noch immer die alte Strenge. Nur: Man schaut künftig großzügig darüber hinweg.

Das ist typisch französisch. Wenn eine Norm politisch unhaltbar wird, reformiert man sie nicht sofort – man lässt sie einfach nicht mehr anwenden. Ein eleganter Rückzug ohne Gesichtsverlust. Offiziell bleibt alles beim Alten. Inoffiziell ändert sich die Praxis. Voilà.

Doch hinter dieser Episode verbirgt sich ein tieferes Spannungsfeld. Frankreich definierte sich über Jahrhunderte als sprachlich einheitlicher Nationalstaat. Die französische Sprache galt als Kitt der Republik, als Bollwerk gegen Partikularismen. Regionale Sprachen wurden lange marginalisiert, teils aktiv zurückgedrängt.

Heute fordern Bretonisch, Baskisch, Okzitanisch oder Korsisch ihren Platz zurück. Nicht als Konkurrenz zum Französischen, sondern als Teil einer vielfältigen Identität. Wer seinem Kind einen regionalen Namen gibt, sendet kein separatistisches Signal. Er sagt: Unsere Geschichte zählt.



Kommentar: Das wurde aber auch höchste Zeit, Herr Darmanin!

Und der Staat? Er rang mit einem Satzzeichen.

Natürlich geht es nicht nur um die Bretagne. Auch andere diakritische Zeichen – etwa die langen Vokale im Tahitianischen oder spezifische Akzente im Katalanischen – stehen außerhalb der administrativen Norm. Das Tilde wurde zum Symbol für all jene Zeichen, die nicht in die bürokratische Schablone passen.

Man könnte darüber lachen, wäre die Sache nicht so unerquicklich gewesen. Eltern, die ihr Neugeborenes im Arm halten und zugleich Post von der Staatsanwaltschaft erhalten – das ist keine Petitesse. Das ist ein Signal. Und kein gutes.

Dass das Justizministerium nun zurückrudert, verdient Anerkennung. Wirklich. Doch es bleibt ein schaler Nachgeschmack. Warum brauchte es Jahre der Auseinandersetzung, Gerichtsurteile und öffentlichen Druck, um zu einer Lösung zu gelangen, die von Anfang an nahelag?

Vielleicht, weil Bürokratien Trägheit lieben. Vielleicht, weil Prinzipien manchmal wichtiger erscheinen als Menschen. Oder – Hand aufs Herz – weil man sich in Paris lange schwer tat mit allem, was nach regionaler Eigenständigkeit roch.

Jetzt also Frieden im Zeichenkrieg.

Ein kleines Wellenzeichen darf bleiben. Kein Triumphzug, keine Gesetzesreform, sondern eine leise Anweisung hinter verschlossenen Türen. Fast möchte man sagen: Endlich.

Oder, etwas weniger diplomatisch formuliert: Das wurde aber auch höchste Zeit, Herr Darmanin.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker